

## Niedersächsischer Landtag - 16. Wahlperiode - 95. Plenarsitzung am 20. Januar 2011

Abschließende Beratung:

### **Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel**

- Antrag der Fraktion DIE LINKE

#### **Klaus Schneck (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau König, Ihre Selbstzufriedenheit bei diesem Thema ist wirklich schwer zu ertragen; das muss ich zugeben.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Der Antrag der Linken beschreibt sehr umfassend die Themen Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, vermischt diese Themen aber mit zusätzlichen Aspekten, sodass der Titel und die Zielrichtung dieses Antrages schon zu erheblichen Debatten geführt haben. Die SPD-Bundestagsfraktion dagegen hat im Dezember 2010 einen Antrag eingebracht, der sehr konkret formuliert ist und konkrete Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit zum Inhalt hat: „Echte Perspektiven für Altbewerberinnen und Altbewerber schaffen - Ausbildungsbonus bis 2013 verlängern“.

Im Jahr 2008 wurde ein Ausbildungsbonus geschaffen, der einen finanziellen Anreiz zur Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze und einer eventuellen ergänzenden pädagogischen Begleitung ermöglichte. Bis September 2010 haben dadurch mehr als 40 000 Altbewerber eine Chance auf einen beruflichen ErstEinstieg erhalten. Die schwarz-gelbe Bundesregierung aber will diesen erfolgreichen Ausbildungsbonus nicht über den 31. Dezember 2010 hinaus verlängern. Das ist ein Skandal!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Stattdessen wird ein „Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland 2010 bis 2014“ mit der Unterschrift der Niedersächsin und Arbeitsministerin Frau von der Leyen in Kraft gesetzt - übrigens ohne die Beteiligung und Zustimmung der Gewerkschaften, schon schlimm genug!

(Beifall bei der SPD)

Der Arbeitstitel ist schon eine gewaltige Worthülse, aber fast wirkungslos, da alles ausschließlich auf der Selbstverpflichtung der Wirtschaft beruht. Als Ergebnis überschlagen sich fast die Positivmeldungen der Unternehmerverbände. Die Realität und die traurigen Fakten, Frau König, werden wir heute Nachmittag im Rahmen der Debatte

zur Großen Anfrage der Grünen zu dem Thema noch genauer erörtern. Da werden wir hier gemeinsam diese traurige Bilanz ziehen. Der Erfolg dieser Initiative hängt aber auch wesentlich davon ab, dass sich ebenfalls die Länder engagieren, Herr Minister Bode.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In Ihrem Ausbildungspakt bis 2013 gibt es keine Selbstverpflichtung für den öffentlichen Arbeitgeber Land, die Zahl der Ausbildungsstellen zu erhöhen.

(Aha! bei der SPD)

Ihr Verhalten dient anderen höchstens als ein schlechtes Beispiel. Denn der zukünftige Bedarf des Landes an qualifiziertem Personal ist höher als Ihre Ausbildungskapazität.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nicht unerwähnt sollte hier auch bleiben, dass Sie durch Ihre verfehlte Schulpolitik mit früher Selektion und fehlenden Fördermöglichkeiten einen wesentlichen Beitrag zu der Misere geleistet haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Betriebe bemängeln oft die fehlende Ausbildungsfähigkeit und begründen damit auch manchen nicht besetzten Ausbildungsplatz. An dieser Stelle hat die Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft dafür zu sorgen, dass möglichst viele betriebliche Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, um den Jugendlichen eine Auswahlmöglichkeit zu bieten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Gabriela König [FDP])

Frau König, nicht jeder will Bäcker lernen. Eine besondere Herausforderung stellen der doppelte Abiturjahrgang 2011 und die Abschaffung der Wehrpflicht dar. Es drohen mögliche Verdrängungseffekte für Haupt-, Real- und Förderschüler, die sich auch um einen Ausbildungsplatz bewerben werden. Dann werden auf keinen Fall 60 000, sondern eher 100 000 junge Menschen in die Ausbildung drängen. Dann reichen aber die 60 000 Arbeitsplätze nicht aus.

In diesem Zusammenhang will ich noch einmal den Rückstau von Altbewerbern für einen Ausbildungsplatz erwähnen, die sich seit Jahren darum bemühen, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten. Dieser Berg schmilzt leider viel zu langsam ab. Hierbei ist die Landesregierung in der Pflicht, tätig zu werden. Die rückläufigen Schülerzahlen bieten

die Gelegenheit, einen Großteil der Altbewerber mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen. Wir dürfen nicht warten, bis diese jungen Erwachsenen von den Unternehmen aus Altersgründen abgewiesen werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wegen der besseren konjunkturellen Entwicklung stabilisiert sich der Arbeitsmarkt, die Zahl der Arbeitslosen sinkt, aber auf Kosten einer massiven Ausweitung der Leiharbeit und prekärer Beschäftigung insbesondere jüngerer Arbeitnehmer. Gerade diese Arbeitnehmergruppen schließen Sie von fairen Arbeitsbedingungen und fairer Bezahlung aus. Hierbei aber sieht die Landesregierung noch immer keinen Handlungsbedarf. Wenn die Nebelkerzen der positiven Pressemeldungen auch der niedersächsischen Arbeitgeberverbände, sehr verehrte Damen und Herren, abgebrannt sind, werden wieder Tausende Schüler und Eltern in unserem Land verzweifelt feststellen müssen, dass sie keine faire Chance auf einen Ausbildungsplatz bekommen haben. So sichert man auf Dauer keinen Stamm qualifizierter Facharbeiter, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb unterstützen wir diesen Antrag auf Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel und fordern deshalb ausdrücklich ein mit konkreten Landesmaßnahmen belegtes Programm für Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen. Wir wollen die Landesregierung auch nicht aus ihrer Pflicht entlassen, selbst genügend Ausbildungsstellen in ihren Landesbehörden zur Verfügung zu stellen. Nur andere verpflichten zu wollen, reicht an dieser Stelle nicht aus. Gehen Sie mit gutem Beispiel voran, Herr Bode und Herr McAllister!

(Beifall bei der SPD)

Jede Schulabgängerin und jeder Schulabgänger muss im Jahr 2011 einen Ausbildungsplatz erhalten. Handeln Sie, und verspielen Sie nicht die Zukunft der jungen Menschen und unserer Gesellschaft! Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD)